

Aussprachen

Deutsche mögen nur tote Juden, Islamisten gar keine

(Zu dem Beitrag von Andrei S. Markovits in Heft 7/2002, S. 366-370)

Andrei S. Markovits beleuchtet kritisch und fassungslos zugleich das Wiedererstarken von Antisemitismus und Antizionismus und deren Liaison mit Antiamerikanismus in Europa und Deutschland aus sehr persönlicher Perspektive. Das bietet Anlass, ein paar Erfahrungen und Beobachtungen aus der eigenen Beschäftigung mit derzeitigem Antisemitismus und israelfeindlichen Gruppierungen hinzuzufügen. Denn nach dem 11. September 2001 wurde keineswegs innegehalten, es wurde munter weiter attackiert, relativiert und „differenziert“- nach dem Tenor: die Islamisten hätten nur „zurückgeschossen“.

Bei einem Seminar im gewerkschaftlichen Rahmen, das ich kürzlich besuchte, wurde ein kleines Küchlein, ein Muffin, mit einer noch kleineren papiernen US-Fahne darauf zum Inbegriff des Bösen. Sich politisch weit links dünkende TeilnehmerInnen dieses Seminars überboten sich spontan in Abwehrreaktionen diesem beflaggten Muffin gegenüber, das ich bewusst vor mich gestellt hatte. Dieses ganz und gar harmlose Gebäck „provozierte“ offenbar jenes linke Weltbild, das nach dem Mord an fast 3000 Menschen im World Trade Center von New York City zu sich selbst kommt. Ich möchte nicht wissen, wie viele „Bin Laden“-Longdrinks beim „We shot the Tower“-Singen am 11. September 2001 und danach geschlürft worden sind. Und auch ein Jahr nach diesen unfassbaren Morden der Islamisten wird in der autonomen und sonstigen linken Szene gegen die USA demonstriert: „USA Völkermordzentrale“ - was man als massenhaftes politisches Kondolieren für Mohammed Atta und dessen Genossen verstehen kann. Ein Hohn für die Ermordeten, aber identitätsstabilisierend für eine gewisse Linke. Und eine relativierende Verharmlosung der Morde vom 11. September 2001 lässt sich in weiten Teilen des linken und links-liberalen Establishments feststellen.

Das ist bezeichnend für jene Anfälligkeit, die z. B. einige ehemalige 68er sowohl für neu-rechte Ideo-

logeme als auch für islamistische und antizionistisch-antisemitische Positionen zeigen. Es besteht dabei durchaus die Gefahr, dass die Erinnerung an die Shoah, die Vernichtung von 6 Millionen Juden durch Deutsche während des Nationalsozialismus, nahtlos in die Unterstützung antizionistischer, israelfeindlicher Gruppen übergehen kann. Yossef Levi, der Attaché für Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Botschaft in Berlin, hat kürzlich gesagt, dass die Deutschen die Juden des 27. Januar mögen, keineswegs aber jene des 28. Januar. Ein Jude ist Opfer - wenn er beginnt sich zu wehren, hört der Spaß auf. Es gibt heute in Deutschland erschreckende Anzeichen für eine zunehmende Konvergenz, ja Koinzidenz rechter und linker Positionen bezüglich Israel und den Juden. Die einen hassten Israel seit 1967, die anderen alle Juden. Exemplarisch sei auf das Verlinken islamistischer Seiten im Internet und gewisse Publikationen der Neuen Rechten hingewiesen, die sich wechselseitig ergänzen: In beiden Fällen geht es um die Demütigung und Verhöhnung der Opfer der Shoah sowie den Angriff auf Israel. So z. B. das von Wolfgang Dreßen initiierte Ausstellungsprojekt „ex-orient“ in Aachen, das einen Link zu der pro-Hizbollah-Seite muslim-markt.de geschaltet hatte.

Muslim-markt.de ist eine Seite für Muslime von Muslimen. Alles für die Muslime bzw. den Muslim wird virtuell ausgebreitet: Frisöre für Muslime, Essen für Muslime, Heiraten für Muslime, Bücher für Muslime etc. Diesem homogen-religiösen, islamistischen Weltbild ist nun ein politischer Impetus äußerst wichtig. So werden alle antisemitischen Stereotypen für das interessierte islamistische Publikum und seine Freunde bereitgehalten. Vom „Welteinfluss des Zionismus“ bis zum Juden mit Hakennase, der die nah-östliche Friedenstaube einfängt, ist alles dabei.

Der „Muslim-Markt“ distanzieren sich von „Hitler, seinen Gräueltaten und jeglichem Nazi-Gedankengut“, heißt es. Neben den „historischen Gräueltaten“ verurteilt man jedoch „viel intensiver die Massaker unserer Zeit, die aufgrund von rassistischen

Motivationen erfolgen.“ Auschwitz, die Vernichtung von sechs Millionen Juden durch deutsche Täter, soll also eine „historische Gräueltat“ gewesen sein, die weniger „intensiv“ zu verurteilen ist als „die Massaker unserer Zeit“, die selbstredend den Israelis angehängt werden. Inzwischen ist die Link-Seite von ex-oriente.com völlig bereinigt, nachdem sich die nordrhein-westfälische Landesregierung, die Staatsanwaltschaft Oldenburg und auch FAZ und taz eingeschaltet hatten. Umso wichtiger scheint mir die Dokumentation dessen, was dort zu lesen war.

Wenn Markovits von der deutschen Sehnsucht nach einem „sozial akzeptablen Antisemitismus“ spricht, meint er, dass es nicht mehr nötig sei, sich von antisemitischen Karikaturen und einer Hetze gegen Juden und Israelis zu distanzieren, weil das eben „nur“ eine „exponierte“ Position sei. Die Reaktionsweisen auf die Kampagne des FDP-Politikers Möllemann gegen Michel Friedman haben gezeigt, wie wenig die Kritik am Antisemitismus, wie sie ja z. B. Markovits formulierte, ernst genommen wird. Viele Linke fühlen sich von derartiger Kritik gar nicht angesprochen, denn: „Wir sind die Guten“. Doch auch hier handelt es sich bestimmt nur um „extreme Missverständnisse“...

*Clemens Heni,
Bremen*

Struktureller Defekt

(Zu dem Beitrag von Andrei S. Markovits in Heft 7/2002, S. 366-370)

Gemessen an den Erwartungen an einen Vertreter der Politologie und Soziologie, fällt dieser Beitrag Markovits' wohl eher unter die Kategorie „Plauderei“, die allerdings mit problematischen Einordnungen des Politikers Möllemann und des Schriftstellers Walsers arbeitet.

In diesem Zusammenhang verdient es eine Aussage Markovits', vollständig zitiert zu werden, um deren sowohl polemischen als auch gezielt inhaltsverfälschenden und damit letztlich auch ehrverletzenden Gehalt aufzuzeigen. „Was sollen Walsers „Auschwitz als Moralkeule“ und Möllemanns Behauptung, die Juden selbst seien verantwortlich für Antisemitismus (in diesem Fall auf die Person Michel Friedmans bezogen) denn anderes besagen, als dass die Deutschen nur dann wieder normal würden, wenn sie endlich auch offen antisemitisch sein dürften?“ (S. 368). Die dieser rhetorischen Frage zugrunde liegende Unterstellung, der Schriftsteller Martin Walsers und der Politiker Jürgen W. Möllemann würden der Praktizierung eines offenen Antisemitismus das Wort reden, ist so weitreichend und zumal im Hinblick auf den Schriftsteller Walsers so extrem aus dem Rahmen fallend, dass ein dies-

bezüglicher Nachweis von Seiten dessen, der sie vornimmt, erwartet werden darf. Leider zeichnet sich der Beitrag Markovits' durch weitere Statement-Flüchtigkeiten über bestimmte Kreise der (deutschen) „Touristenweltmeister“ aus, z.B. jene über den „Stolz“ nichtextremer Kreise konservativer Provenienz darauf, dem „politisch inkorrekten Antisemitismus den gehörigen Ausdruck zu verleihen“.

Ein sich im demokratischen Spektrum bewegender politischer Gegner - wo und von wem auch immer er ideologisch verortet wird - hat einen Anspruch darauf, als gleichberechtigter Träger eines demokratischen Grundkonsens Anerkennung zu finden und vor nicht eindeutig begründeten Vorwürfen im Umfeld der politischen Moral geschützt zu werden. Das gesamte Werk Martin Walsers, erschienen im Suhrkamp Verlag und bestehend aus Romanen, Novellen, Aufsätzen, Gedichten, Reden, und die politische Tätigkeit Jürgen W. Möllemanns als Minister, Abgeordneter und Landesfunktionär einer liberal-demokratischen Partei bilden den Hintergrund einer jeden, die persönliche Integrität dieser Männer nicht in Frage stellenden Auseinandersetzung. Dieses Tabu „politischer Korrektheit“, deren politische Implikationen Markovits übrigens nur lagerpolitisch auszuschöpfen weiß, sollte eine nicht geringere Beachtung durch den Sozialwissenschaftler erfahren als dessen Sorge um Tabubrüche, die unter Umständen antisemitische Spielräume freisetzen könnten.

Aus welchen Quellen sich die Feststellungen Markovits' zu der von ihm in „einschlägigen intellektuellen Kreisen“ der „deutschen Konservativen“ beobachteten Kritik an der „political correctness“ speisen, bleibt unklar. Gewiss gibt es die bis in die liberalen Kreise hineinwirkende „Gutmenschen“-Kritik und die Kritik an der „Diktatur politischer Tugendwächter“, die gegen eine sich moralisch drapierende Sprachregelung aus sowohl „linken“ wie „jüdischen“ Kreisen gerichtet ist, denen es um die Verteidigung ihres historisch-politischen Deutungsmonopols und um die Aufrechterhaltung ihrer kollektiven Bewusstseinshegemonie in gesellschaftspolitischen Fragen gehe. Letzteres ist legitim und gehört zum Wesen politischer Auseinandersetzung. Die Frage ist nur, ob die hierfür zur Anwendung gelangenden Mittel legitim sind.

Der Verfasser kann sich nur deshalb „bestürzt“ darüber zeigen, dass sich „die europäische und die deutsche Linke“ bezüglich des Antisemitismus „im Kampf gegen dessen vermeintliche Tabuisierung voll auf die Seite der Konservativen geschlagen hat“, weil er wohl eher an der Aufrechterhaltung eines überholten politischen Lagerdenkens als an einer sachbezogenen Analyse gesellschaftlicher Phänomene interessiert ist. So wenig wie die Befürwortung der freiheitlichen Demokratie schon dadurch diskreditierbar ist, dass fließende Übergänge

zu antirepräsentativ-plebiszitären, zu rätedemokratischen und herrschaftsfrei-anarchistischen Denkmodellen im „linken“ Lager zu finden sind, so wenig können extreme Verzeichnungen der „political correctness“-Kritik durch rechtsradikale Kreise die Legitimität einer Kritik an der „political correctness“ in Frage stellen. Dass die in den USA zeitweilig zu besonderen Ehren gekommene „affirmative action“ (politisch korrektes Auswahlprinzip ist hier die Zugehörigkeit zu einer Minorität) in den intellektuellen Kreisen der USA - auch z.B. der Schwarzen selbst - in der Kritik steht, davon erfährt man bei Markovits leider nichts.

Dieses ignorante Schattenboxen wird schließlich ersetzt durch ein - mit Verlaub - blauäugiges Plädoyer für das Recht einer auch auf „das Schärfste“ praktizierten Kritik an einer israelischen Regierung. Aber hier ist schon die Begriffswahl Markovits' - und vieler anderer - schief, weil „antisemitisch“ und „antiisraelisch“ vorbehaltlos gleichgesetzt werden. Wenn der Staat Israel nicht „mit anderen Maßstäben“ als gegenüber jedem anderen Staat zu messen ist (S. 368f), dann kann es nicht schon unbedingt „antisemitisch“ sein, „fabrizierte Lügen über den Staat Israel zu verbreiten“. Nicht einmal der Begriff „antijüdisch“ hätte - genau genommen - Vorrang vor der richtigen Wortwahl: antiisraelisch. Auch über die USA und andere Staaten wurden und werden verschiedentlich Lügen fabriziert. Doch offenbaren diese zumeist keinen manifesten „Antiamerikanismus“ im Sinne einer dem „Antisemitismus“ vergleichbaren, geschichtlich, kulturell, ethnisch, religiös durchwirkten „Wesens“-Kritik. Obwohl die USA angelsächsische Ursprünge hat, werden Großbritannien und die USA nicht als eine die Bewohner beider Staaten umfassende Einheit begriffen wie dies im Falle der Antisemiten geschieht, die die Juden Israels und anderswo in der Welt als eine Einheit begreifen. Gewiss verbirgt sich hinter der einen oder anderen Kritik an Israels Regierungspolitik, zumal wenn diese „auf das Schärfste“ betrieben wird, hin und wieder nicht bloßer Antiisrealismus, sondern auch Antisemitismus, der mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges natürlich nicht untergegangen ist.

Leider bewegen sich - wie auf der Seite der Israel-Kritiker - auf der Seite der (insbesondere jüdischen) Kritiker der Kritik an Israel einige in einem mehrdeutigen Sprachraum und/oder rücken jegliche Israelkritik in die Nähe des Unerlaubten, wobei teils offen, teils unterschwellig der Antisemitismusverdacht genährt wird. „Wer heute“ - so der jüdische Satiriker Ephraim Kishon in einem Interview („Welt am Sonntag“, 11.8.02) - „den winzig kleinen, ums Überleben kämpfenden jüdischen Staat verurteilt, ist ein Antisemit“. Die Einordnung als „Antisemit“ hängt ganz davon ab, wie der Begriff „jüdischer Staat“ verstanden wird, als ein Staat, der gemäß

Markovits' eigener, von ihm aber selbst nicht konsequent eingehaltener Forderung ein Staat wie jeder andere ist, oder als ein „jüdischer“, mit anderen Staaten dieser Welt nicht gleichzusetzender Staat, der - so Kishon - um sein Überleben kämpft bzw. - so der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Alexander Brenner („Der Tagesspiegel“, 3.5.02) - ein Staat, zu dem Juden „nie ganz objektiv (waren)“ und es auch nicht sein sollten. Es liegt auf der Hand, dass derjenige, der sich an die erstgenannte Alternative hält entweder - sofern er als Jude gilt - als Vertreter einer „alten jüdischen Krankheit“, des Kritizismus unter den Juden, eher inneren, denn äußeren und zugleich lauten Widerspruch erfährt (so wie hier zitiert bei Brenner), oder - sofern er nicht Jude ist - vielfach automatisch in die nicht nur unausgesprochene Verdachtszone des „Antisemitismus“ gerät. Einem jüdischen Selbstverständnis zufolge, wonach „jeder Jude auf dieser Welt, wenn er seine Wurzeln ernst nimmt, ein „Botschafter“ Israels (ist)“, weil seine „eigene Identität und Existenz“ als nichtisraelischer „Bürger jüdischen Glaubens eng verknüpft (ist) mit der Existenz des Staates Israel“ (so der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, in der „Jüdischen Allgemeinen“, 14.2.02), muss schon vom Ansatz her jede antiisraelische Kritik als antisemitismusverdächtig erscheinen. Eben dies ist die Crux des jüdisch-nicht-jüdischen Verhältnisses, zumal in Deutschland, wo dieses Verhältnis im öffentlichen Raum maßgeblich durch jüdische Funktionäre und Vertreter jüdischer Kultureinrichtungen geprägt erscheint. Wer wie der Zentralratspräsident Spiegel argumentiert, was angesichts der deutschen Geschichte kein Befremden hervorrufen kann, der trägt ungewollt zu einer auch nichtjüdischen Sichtweise bei, die in die gleiche Richtung zielt und der sich offenbar auch Markovits ungeachtet seines Plädoyers, Israel mit den gleichen Maßstäben zu messen wie „jeden anderen Staat dieser Welt“, verpflichtet fühlt, wenn er vom „gesamten jüdischen Volk“ spricht. Um es auf den Punkt zu bringen: Wer wie Brenner oder Spiegel gerade als Jude gegenüber dem Staat Israel keine Haltung eines Beobachters von außen einnehmen kann, die zumindest dem Selbstanspruch nach ein Höchstmaß an Objektivität gewährleisten soll, das sich universalen Objektivitätskriterien verdankt, der bietet auf diese Weise Vertretern eines sowohl manifesten als auch latenten bzw. sekundären Antisemitismus entweder eine Möglichkeit sich bestätigt zu fühlen (so im ersten Fall) oder die Handhabe, an der immer wieder behaupteten möglichen Trennung zwischen dem Juden israelischer Staatsangehörigkeit und dem Juden einer anderen Staatsangehörigkeit mehr oder weniger zu zweifeln (so im zweiten Fall). Und dieser Zweifel weckt wiederum im Falle seiner öffentlichen Geltendmachung, die zumeist nicht gerade in einer sprachlich disziplinierten Form abläuft,

Misstrauen bis hin zum Antisemitismusverdacht auf jüdischer Seite. Das von Markovits angeführte Beispiel der Ausladung von Klezmer-Musikern in Norwegen auf Grund der israelischen Politik und die Einordnung dieses Beispiels durch Markovits als „antisemitisch“ scheint das Gesagte zu bestätigen, auch wenn man Markovits hier einen großen Teil seines Gedankenweges folgen möchte.

Vermutlich wird dieser strukturelle und insofern keineswegs von Böswilligkeit auf beiden Seiten bestimmte Defekt, der das Verhältnis von Juden und Nichtjuden zueinander mitbestimmt, ohne dass dies allerdings am genuine Antisemitismus, den es daneben gibt, irgend etwas ändert, erst durch das Zusammenspiel zweier Faktoren sich überleben: einmal durch den Zeitfaktor, der die Generation der Täter und der Überlebenden des Holocaust und damit deren Erinnerungsmächtigkeit in die Phase vermittelter Erinnerung eintreten und damit gelebte Erfahrung vergehen lässt. Zum ändern durch die Säkularisierung, der der bislang noch genuin jüdische Staat entgegengeht, entgegengehen muss, will er eine Gesellschaft demokratischer Gleichheit sein und sich nicht - wie der deutsche Staat des ausgehenden 20. Jahrhunderts als „christlicher Staat“ - als ein „jüdischer Staat“ begreifen, in dem innerstaatliche Konflikte zwischen jüdischen Orthodoxen und Liberalen einerseits und zwischen jüdischen und nichtjüdischen Staatsangehörigen andererseits zur Entladung drängen.

*Thomas Ordnung,
Kleinmachnow*

Wann ist ein Zeitpunkt günstig?

(Zu dem Gespräch mit Michael Sommer in Heft 7/2002, S. 371-378).

Wahlzeiten sind besondere Zeiten. Parteien bilanzieren ihre Politik und benennen ihre Vorhaben für die kommende Periode. Wählerinnen und Wähler prüfen diese Berichte, melden ihre Erwartungen an die künftige Politik an und nehmen ihr Wahlrecht wahr.

Wohlplatziert hat Michael Sommer den günstigen Zeitpunkt kurz vor der Bundestagswahl genutzt und die politische Rolle des DGB als Interessenvertretung für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingebracht. Es ist bemerkenswert, dass er dabei zuförderst den DGB einen „politischen Arm der Gewerkschaften“ nennt und in konsequenter Fortsetzung früherer Gedanken fordert, „die Meinungsführerschaft in sozialen und gesellschaftspolitischen Fragen“ zu übernehmen. Dies ist notwendig, um die „Sechs Forderungen ... an die nächste Bundesregierung“ erfolgreich anzupacken. Die Formulierung vom „politischen Arm“ lädt ein, sich noch einmal die Rolle des DGB im Kontext mit

seinen Mitgliedsgewerkschaften bewusst zu machen.

Während die Gewerkschaften vorrangig die Interessen ihrer Mitglieder als Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen wahrnehmen, ist es die politische Aufgabe des DGB, die „Vertretung und Koordinierung der gemeinsamen Interessen“ gegenüber der Politik auszuüben. Dies ist das Herzstück des DGB.

Dieses Herzstück bedarf über das Interview hinaus vertiefter Diskussion. Denn es bleibt die permanente Frage, inwieweit dieses Idealbild gelebter gewerkschaftlicher Alltäglichkeit entspricht. Der Umbau der DGB-Struktur ist beschlossen und wird umgesetzt. Genügt dies, den „politischen Arm“ ausreichend zu kräftigen? Immerhin gilt es zu bedenken, dass die „Verallgemeinerungsfunktion des DGB ... noch stärker gefordert (ist) als bisher“, wie Michael Sommer zu Recht gesagt, dies aber zugleich als eine „schwierige, aber lösbare Aufgabe“ bezeichnet hat. Folgt man dieser Betrachtung, dann muss eine Reform mehr sein als die Neuordnung der inneren DGB-Strukturen. Dazu bedarf es einer Verfassungsdebatte, wie Ulrich von Alemann sie im Vorfeld des DGB-Kongresses gefordert hat (GMH 1/2002). Dies braucht Entschlossenheit, stärker noch die Einzelinteressen wie in einem Brennglas zusammenzuführen, damit sich gegenüber der Politik eine Flamme entzünden kann. Die Gesundheitsreform ist ein gutes Beispiel. Hier braucht der DGB den Sachverstand von ver.di und IG BCE, um die gemeinsamen Interessen *aller* Mitglieder der DGB-Gewerkschaften wirkungsvoll in die Politik einzubringen.

„Die einen müssen wollen, das sind wir, und die anderen müssen lassen, das sind die Gewerkschaften“, hat Michael Sommer treffend formuliert. Aber warum zögert er, in der Frage der Verfassungsreform des DGB initiativ zu werden? Sein Ansatz vom März 2002 ist doch weiter richtig: „Der DGB muss nicht nur Mittler sein, sondern auch Motor. Er muss Themen anstoßen“.

Eine gewerkschaftsorientierte Verfassungsdebatte ist auch auf dem Zukunftskongress der IG Metall angesprochen worden. Mitglieder denken gleichermaßen in diese Richtung, wie ich aus Gesprächen weiß - und im „einblick“ nachzulesen ist (Nr. 6/02, S. 6). Hier geht es um mehr als Theorie, nämlich um eine Vorklärung von Stimmungen und Meinungen, etwa dazu, ob es für zukünftige politische Auseinandersetzungen ausreicht, acht sehr unterschiedlich große Gewerkschaften unter dem Dach des DGB zu wissen. Ist es denn weltfremd, etwa ver.di als einen guten Schritt auf einem richtigen Weg zu sehen? Dreizehn Fachbereiche sind nur ein Drittel der Welt, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig sind. Doch die ganze Welt braucht Solidarität.

*Karl-Heinz Köpke,
Hamburg*

Problemlösungskapazitäten reichen nicht aus

(Zu dem Gespräch mit Michael Sommer in Heft 7/2002, S. 371-378)

Irgendetwas an den Antworten des neuen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer im Interview mit den GMH erinnerte mich an den Eintrag von Jutta Roitsch in das imaginierte DGB-Stammbuch (GMH 4-5/2002).

Der DGB-Vorsitzende geht in dem Interview davon aus, dass der DGB die Interessen der Arbeitnehmer insgesamt vertreten hat und weiter vertreten sollte, während Jutta Roitsch die Ansicht vertritt, dass der DGB die Gesellschaft verlassen hat. Sie meint damit wohl genau das Gegenteil; dass der DGB und die Einzelgewerkschaften, gefangen in institutionellen Arrangements, nicht mehr die gesellschaftspolitischen Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten. Ich denke nicht, dass der DGB sich aus der Gesellschaft entfernt hat, sondern immer nur aus einem Teilbereich der Gesellschaft. Kein historischer oder aktueller Organisationsgrad gibt Anlass anzunehmen, dass der DGB jemals die Interessen aller abhängig Beschäftigten vertreten konnte. Es ist sogar zu bezweifeln, ob der DGB und die Einzelgewerkschaften, trotz aller allgemein verbindlicher Tarifverträge, die vielfältigen Interessen aller gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten vertreten können. Der DGB und die Einzelgewerkschaften widerlegen in ihrer täglichen Organisationspraxis die Ideologie vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, denn auch die Arbeit in den Gewerkschaftsbüros wird aus Kapital und Kapitalerträgen bezahlt.

In den Gewerkschaftshäusern, unter deren Dächern angeblich alle Gewerkschaften zu finden sein sollen, ist kaum etwas davon zu merken, dass es eine organisatorische Verbindung zwischen dem DGB und den nicht immer im gleichen Haus ansässigen

Einzelgewerkschaften gibt. Gremienarbeit auf DGB-Ebene erschöpft sich zumeist im Abnicken von Entscheidungen zu rein technischen Fragen. Ehrenamtliche Gremienarbeit wird vielfach von hauptamtlichen Funktionären oder Verwaltungsangestellten bestritten. Zu den Voll-, Personengruppen- und Fachgruppenversammlungen der Einzelgewerkschaften erscheint maximal ein Prozent der Mitglieder, zumeist Rentner. Der weitere Rückgang der schon immer geringen Beteiligung gründet nicht nur auf einer Zurückweisung des Interessenvertretungsanspruches des DGB und der Einzelgewerkschaften. Sie formulieren Aufgaben und schaffen sich Probleme, für welche die eigenen Problemlösungskapazitäten nicht ausreichen.

Ein Musterbeispiel dafür liefert Michael Sommer in dem Interview: Dem Mitgliederrückgang will er mit mehr Öffentlichkeitsarbeit begegnen und ein „Werbebewusstsein“ bei Mitgliedern und Funktionären schaffen, gerade so als ob in der Vergangenheit nicht geworben wurde. Diese Aussage, die Schuldzuweisungen an Externe, wie Helmut Kohl, die Individualisierung oder der Neoliberalismus, auch die Vision, die Sommer entwickeln möchte, lesen sich ungefähr so wie die „Anleitung zum Unglücklichsein“ von Paul Watzlawick: Wenn eine Methode nicht den gewünschten Erfolg hatte, sollte man sie so lange wiederholen, bis auch dem letzten Ahnungslosen im Publikum klar geworden ist, dass man mit dieser Handlung einfach Erfolg haben muss. Pech für das Publikum, wenn es den Akteuren nicht glaubt, denn dann ist es fehlgeleitet, manipuliert und akzeptiert die Meinungsmache der Neoliberalen. Pech für den DGB, wenn das Publikum die Beschimpfungen weder belustigen noch interessieren.

*Otto Sundt,
Wolfsburg*